Zeitschrift: Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen
Herausgeber: Emanzipation
Band: 9 (1983)
Heft: 3

Artikel: Die Krise ist kein Betriebsunfall
Autor: Schwarz, Maya
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-359902

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

als alle Frauen streikten

Die Krise ist kein Betriebsunfall

Frauen im Arbeitsamt: Als erste entlassen, als letzte eingestellt

"Abschwung", "Flaute", "Talsohle", "Rezession" – der Wörter gibt es viele, um einen ganz schlichten Tatbestand zu beschreiben, den man früher, als die Sprache noch nicht der Verschleierung diente, ganz einfach "Krise" nannte. Doch die Verschleierung hat System. So wie der Tatbestand selber hinter vielen Wörtern versteckt wird, so werden auch Ursachen und Wirkungen der Krise im Nebel gelassen.

Nach einer Monsterdebatte hat der Nationalrat ein millionenschweres Arbeitsbeschaffungsporgramm verabschiedet, mit dem notleidenden Firmen in krisengeschüttelten Branchen und Regionen Staatsaufträge zugeschanzt werden sollen, welche wiederum dafür sorgen sollen, dass in diesen Regionen und Branchen die Zunahme der Arbeitslosigkeit gestoppt wird. Das Programm geriet in der Debatte von fast allen Seiten unter Beschuss. Dem gewerblichen Flügel des Freisinns – Sprecher: Otto Fischer – ist jede staatliche Aktivität zur Wirtschaftsförderung ein Dorn im Auge. Er bezeichnete das Programm rundweg als "Chabis". Die Vertreter des Grosskapitals in der FdP – Beispiel: Paul Wyss, Basel – befürchten von solchen Programmen die künstliche Erhaltung überalterter Strukturen. Die Sozialdemokraten beklagten das Schwergewicht, das der Bundesrat auf Rüstungsaufträ-

ge legen möchte und beantragten entsprechende Kürzungen am 257 Millionen-Brocken, der für Beschaffungsprogramme des Militärs ausgegeben werden soll. Und die Fraktion POCH, PdA, PSA sprach sich rundweg gegen jegliche Rüstungsaufträge aus und verlangte die Umleitung der entsprechenden Summen in Aufgaben des Umweltschutzes, des Energiesparens und des Ausbaus der SBB-Infrastruktur.

Jedoch: Das von allen Seiten kritisierte Arbeitsbeschaffungsporgramm wurde nach gehabter Debatte mit nur geringfügigen Abstrichen mit grosser Mehrheit abgesegnet. Denn schliesslich will sich keine Partei in einem Wahljahr nachsagen lassen, sie habe sich gegen die Sicherung von Arbeitsplätzen engagiert.

Nur: Wie notwendig solche Programme überhaupt sind, wie gefährdet also die Arbeitsplätze in der Schweiz tatsächlich sind, ist eine eher umstrittene Frage. Die NZZ, Haus- und Hoforgan des schweizerischen Kapitals, pflegt da eine etwas uneinheitliche Linie. Jeweils im Herbst, wenn die Lohnverhandlungen auf der Tagesordnung stehen, zieht sie es vor, die Lage am Arbeitsmarkt etwas bedrükkender zu sehen – eingeschüchterte Arbeiter und Gewerkschafter stellen schliesslich zurückhaltender Forderungen. Sonst aber, und vor allem dann, wenn das Wirtschaftssteuerungsinstrumentarium des Staates ausgebaut werden soll, sieht die NZZ jeweils wenig Grund, die Lage zu dramatisieren. Begründet wird solche Beschwichtigung dann mit dem Hinweis aufs Ausland, wo alles noch viel schlimmer sei.

Und damit hat die Zeitung, und hat das Bürgertum, sogar recht. Jedenfalls was die ausgewiesenen Zahlen angeht. Denn die statistisch erfasste Arbeitslosigkeit in der Schweiz ist kaum der Rede wert, verglichen mit den Horrorzahlen, welche die Arbeitsämter in den USA, der Bundesrepublik, Grossbritannien, Frankreich und... und... und... registrieren müssen. Dem kanppen Prozent schweizerischer Arbeitsloser stehen jeweils rund zehn Prozent Arbeitslose in den erwähnten Ländern gegenüber.

Die Zahl der vernichteten Arbeitsplätze ist viel höher als die statistisch erfassten Arbeitslosen

Nur: Was in der Schweiz statistisch ausgewiesen wir, muss nicht viel mit der Wirklichkeit zu tun haben. Überdies sollte man zur Beurteilung der Beschäftigungslage nicht auf die unzuverlässigen Arbeitslosenzahlen zurückgreifen, sondern auf die Angaben über die Beschäftigung in den verschiedenen Branchen. Und dann ergibt sich, dass die Zahl der vernichteten oder verloren gegangenen Arbeitsplätze um ein Vielfaches höher liegt als die Zahl der erfassten Arbeitslosen. Das war schon in der Rezession Mitte der 70-er Jahre so, als die Arbeitslosenzahl nie 30'000 überstieg, gleichwohl aber gegen 300'000 Arbeitsplätze abgebaut wurden. Auch zwischen Dezember 1981 und Dezember 1982 weist die Beschäftigungsstatistik einen Verlust an Arbeitsplätzen von mehr als 32'000 aus (nach anderen Berechnungsmethoden sogar gegen 100'000) während Ende Dezember 1982 lediglich 23'500 Personen als arbeitslos gemeldet waren. Die restlichen mehr als 9'000 Personen sind ganz einfach aus dem Arbeitsleben ausgeschieden, handle es sich nun um vorzeitig Pensionierte oder um Frauen, die wieder an den Herd zurückgekehrt sind. Jedenfalls aber ist das Beschäftigungsproblem auch in der Schweiz wesentlich schwerwiegender, als es die offiziellen Arbeitslosenstatistiken wahrhaben wollen.

Und deshalb ist es angebracht, sich mit den Rezepten, die zur Bewältigung der Krise angeboten werden, auseinanderzusetzen.

Reaganomics

Im wesentlichen zwei Rezepte bietet die bürgerliche Ökonomie an. Nach dem einen Modell, dass derzeit in den USA in die Praxis umgesetzt und entsprechend mit der Bezeichnung "Reaganomics" benannt wird, kommt es in der Krise darauf an, die Angebotsseite zu stimulieren. "Supply side economics" ist das Fachwort dafür. Diese Wirtschaftspolitik bedeutet in der Praxis: Verbesserung der Produktionsbedingungen für die Unternehmen. Und das heisst: Lohnbeschränkung, tiefe Zinsen, Steuerabbau, Ausgleich des Staatshaushalts. Die angestrebten Ziele sind selbstverständlich widersprüchlich. Steuerabbau und gleichzeitiger Versuch den Staatshaushalt von seinen Defiziten zu befreien, würde den Staat zwingen, alle seine Ausgaben drastisch zu beschneiden. Just den grössten Budgetposten will Ronald Reagan aber gerade nicht zusammenstreichen, sondern stark vergrössern. Das Rüstungsprogramm der Regierung Reagan übertrifft alles bisher Dagewesene. Und das heisst: Das Budgetdefizit kann ganz gewiss nicht beseitigt werden, selbst wenn alle Sozialprogramme restlos zusammengestrichen würden. Das aber kann sich nicht einmal Ronald Reagan leisten.

Folglich wächst das staatliche Defizit munter weiter (und ist sogar grösser als unter Reagans Vorgänger Jimmy Carter) Die Folge: Um das Defizit zu finanzieren, muss Reagan die Steuern, die er den Unternehmen auf der einen Seite geschenkt hat, auf einer anderen Seite wieder hereinholen (und zwar nicht bei den Unternehmern), und er muss überdies die Staatsverschuldung weiter erhöhen, indem er auf den freien Kapitalmärkten Staatsanleihen aufnimmt. Damit aber unterläuft er sein Ziel "tiefe Zinsen". Denn wenn die Regierung grosse Geldbeträge aus dem Kapitalmarkt zieht, tritt sie in Konkurrenz zu den Unternehmen, die sich ebenfalls dort finanzieren wollen – und Konkurrenz auf dem Kapitalmarkt bedeutet steigende Zinsen. Letzten Endes bleibt also von Reagans Programm übrig: Lohnbeschränkung, Umlagerung der Steuerlast von den Unternehmen auf die Konsumenten, Abbau von Sozialleistungen, höhere Zinsen und ein grösseres Staatsdefizit als je.

Und das ganze Programm führt nicht einmal zur Stimulierung der Wirtschaft, sondern zum puren Gegenteil. Bis zum Herbst letzten Jahres häuften sich in den USA die Anzeichen einer kommenden Depression. Erst durch erheblich Korrekturen an seinem Programm und an der Politik der amerikanischen Notenbank ist es Reagan heute möglich, von einem Aufschwung im kommenden Herbst zu sprechen, ohne damit nur das Gelächter der Fachwelt zu ernten.

Obwohl sich die Untauglichkeit der "Angebot-Ökonomie" in den USA und – in etwas abgewandelter Form – in Grossbritannien erwiesen hat (beide Länder leiden heute unter einer gigantischen Arbeitslosigkeit von 10 Prozent der Erwerbsfähigen), schickt sich nach den Wahlen vom 6. März auch die Bundesrepublik an, den gleichen Irrweg zu beschreiten. Im CDU-Staat weigert sich die Regierung selbst angesichts von 2,5 Millionen Arbeitslosen, ein Arbeitsbeschaffungsprogramm in Angriff zu nehmen. Franz Josef Strauss und sein Kanzler Helmut Kohl ziehen es vor, die Investitionsbereitschaft der Industrie anzuregen, wiederum durch Steuererleichterungen. Sie werden genauso Schiffbruch erleiden wie Ronald Reagan – oder ihre Absichten revidieren.

Keynesianismus

Das zweite Rezept zur Bewältigung der Krise geht auf den Altmeister der Ökonomie John Maynard Keynes zurück. Dieser entwickelte in der Depression der 20er-/30er-Jahre die Theorie, dass der Staat als Konsument einspringen müsse, wenn die Kräfte des Marktes versagen. Sein Modell ist also ein Unterkonsumationsmodell, das die Krise darauf zurückführt, dass zuwenig konsumiert wird. Zur Behebung der Krise ist es deshalb nur notwendig, die Massenkaufkraft anzuheben – eine Vorstellung, die insbesondere Gewerkschaftern einleuchtet, liefert sie ihnen doch das Argument, mitten in der Krise Lohnerhöhungen fordern

zu können. Alle Formen von Arbeitsbeschaffungsprogrammen lassen sich ableiten von keynesianischen Vorstellungen, tritt doch jeweils der Staat selber als Konsument auf, indem er Aufträge an Unternehmen erteilt, die damit wiederum Menschen beschäftigen können, welche deshalb weiter Lohn beziehen und ihrerseits weiter konsumieren können.

Auch das schweizerische Arbeitsbeschaffungsprogramm ist in diesem Sinne keynesianischen Ursprungs. Nur bildet es in der schweizerischen Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre eine absolute Ausnahme. Denn Wirtschaftspolitik ist hierzulande im allgemeinen nicht Sache der politischen Instanzen. Dazu ist der Entscheidungsprozess viel zu schwerfällig. Bis jeweils ein konjunkturpolitisches Gesetz durch alle Vernehmlassungverfahren Kommissionen, die beiden Räte und allenfalls durch eine Volksabstimmung gegangen ist, ist die Krise, für welche es geplant war, mit Sicherheit längst vorbei. Effizient reagieren kann hingegen die Nationalbank. Denn sie ist nicht vom schwerfälligen gesetzgeberischen Verfahren abhängig. Andererseits ist ihr Instrumentarium auch beschränkt – und zwar so, dass auch sie praktisch nur eine monetaristische Politik machen kann, also eine, die den Reaganschen Vorstellunge näherkommt.

"Die Nationalbank sonnt sich im Rufe einer Alleskönnerin", meinte SGB-Sekretär Beat Kappeler, "und tut im übrigen so, als hätte sie es bei Währungsbewegungen nicht mit ziemlich dunklen und schwer durchschaubaren Wogen zu tun, sondern als flöge sie in übersichtlicher Höhe in einer Pilotenkanzel mit Tausenden von feinsten Zeigern, Messapparaten und Radarwarnlichtern. Und im Laderaum verwalten und verteilen die Geschäftsbanken den knappen Kredit- auch sie haben mehr zu sagen als früher."

Jeder, der meint die kapitalistische Krise sei zu bekämpfen ohne dass der Kapitalismus Schaden leidet, tut nur so als ob

Nicht nur die Nationalbank tut so als ob. Jeder, der da meint, die kapitalistische Krise sei zu bekämpfen, ohne dass der Kapitalismus Schaden leidet, tut nur so als ob. Und das liegt daran, dass es die bürgerliche Ökonomie bis heute versäumt hat, eine zusammenhängende Krisentheorie zu entwickeln, welche vor den seit fast 200 Jahren angehäuften Fakten standhält. Und das hat, wie fast alles in den Sozialwissenschaften, einen ideologischen Grund.

Alle bürgerlichen Wirtschaftswissenschafter gehen nämlich von der Grundannahme aus, dass nur produziert wird, was auch konsumiert wird – dass also die Nachfrage bestimmt, was angeboten wird. Und der Ort, wo sich entscheidet, was nachgefragt wird, ist der Markt. Solange dieser funktioniert, befinden sich Nachfrage und Angebot im Einklang, es wird weder zuviel produziert noch zuwenig konsumiert, die Wirtschaft befindet sich in harmonischem Zustande. Krisen vermag solcherlei Ökonomie lediglich als Störungen des eigentlich normalen Verlaufs zu verstehen. Und Störungen liegen ausserhalb des ansonsten so harmonisch funktionierenden Systems. Da sind es einmal die Ölscheichs, die mit ihren Preiserhöhungen dem Markt einen Schock (also eine Störung) versetzen (Krise 1974/75), da ist es ein andermal der überbewertete Schweizerfranken, der die Exportindustrie in Schwierigkeiten bringt und deshalb zur Krise führt. Eine äussere Krisenursache findet sich allemal. Nur haben alle diese äusseren Ursachen den Nachteil, dass wir sie einfach hinnehmen müssen. Was sollen denn wir Schweizer gegen die Ölscheichs machen? Wenn die wirklich an unserer Krise schuld sind, dann müssten wir ja sie bekämpfen, um die Krise zu beseitigen.

Nicht als externe Störungen der kapitalistischen Produktion, sondern als natürliche, in der Logik der Produktionsweise angelegte Erscheinung analysierte hingegen Karl Marx die Krisen des Kapitalismus. Seine Analyse hält bis heute in den wesentlichen Punkten den Daten und Fakten stand, mit denen sich die Krisen definieren lassen.

Der Kapitalismus ist, wie Karl Marx ausgehend von seiner Theorie des Mehrwertes ableitet, angewiesen auf stetige Verwertung des Kapitals im Produktionsprozess. Es gelangt also immer mehr konstantes Kapital (Maschinen, Fabriken, Rohstoffe, Betriebsmittel) in den Produktionsprozess. Das aber führt dazu, dass der Profit – im Verhältnis zum eingesetzten konstanten Kapital – immer geringer wird, eine Erscheinung, die Karl Marx als den "tendenziellen Fall der Profitrate" beschreibt.

Dieser Tendenz lässt sich nur entgegenwirken, indem entweder die Lohnkosten immer weiter gesenkt werden oder indem ein Teil des angehäuften Kapitals vernichtet wird. Beides geschieht im Krisenverlauf: Die Unternehmer starten jeweils einen Grossangriff auf die Löhne, bauen Arbeitsplätze ab. Und durch das Ausscheiden von Pleitebetrieben aus dem Produktionsprozess sowie durch Verlustabschreibungen anderer Unternehmen wird Kapital vernichtet – das heisst aus dem Produktionsprozess herausgenommen.

Die Verkleinerung des Kapitalstocks wiederum führt dazu, dass die Profitrate wieder steigt, dass es also für die Unternehmen interessant wird, die Produktion wieder auszuweiten – was aber lediglich dazu führt, dass sogleich wieder der "tendenzielle Fall der Profitrate" beginnt, bis zur nächsten Krise.

Nach Karl Marx sind also Krisen nicht Betreibsunfälle des Kapitalismus, sondern gesetzmässige Vorgänge, die nicht nur schädlich für den Kapitalismus sind, sondern zu seinem Überleben sogar notwendig. Gäbe es keine Krisen, in denen Kapital vernichtet und Löhne gedrückt werden können, hörte der Kapitalismus schlicht zu existieren auf – spätestens bei einer Profitrate von Null. Nun haben Krisen einen Nebeneffekt. Durch die Kapitalvernichtung werden in erster Linie die schwächsten Teile der Kapitalistenklasse getroffen, die kleinen und mittleren Unternehmen. Und das führt dazu, dass jede Krise von zunehmender Konzentration des Kapitals in immer weniger Händen begleitet ist. Damit kommt es zu einer Deklassierung der kleinen Kapitalbesitzer.

Daraus ergeben sich aber auch unterschiedliche Vorstellungen, wie den Krisen zu begegnen sei. Dass es sich um Strukturkrisen handelt, sehen heute auch weite bürgerliche Kreise ein. Die Hauptleidtragenden der Krisen, Arbeiter und Kleinkapitalisten, sind eher darauf bedacht, ihre Position zu halten. "Garantie des Teuerungsausgleiches" und "Gezielte Hilfe für bedrohte Regionen und Branchen" sind im Grunde beides strukturerhaltende Forderungen. Das grosse Kapital hingegen sieht weniger Grund, Strukturerhaltung zu betreiben. Ihm kann es nur recht sein, wenn das weniger lebensfähige Kapital eben ausscheidet – umso mehr Profitmöglichkeiten bleiben schliesslich für die Grossen übrig. Kein Wunder, fragt sich der Basler Nationalrat Paul Wyss, ob der Staat "bei strukturellen Veränderungen überhaupt noch intervenieren sollte".

Das soll nicht heissen, dass es sinnlos wäre, strukturerhaltende Forderungen zu stellen. Wenn solche Forderungen in der Krise etwas zur materiellen Sicherung der Arbeiter beitragen, so sind sie am Platze. Nur: Mit Krisenbekämpfung hat das überhaupt nichts zu tun. Da wäre es schon eher geboten, gerade in Krisenzeiten Arbeitszeitverkürzungen, längere Ferien, frühere Pensionierung zu fordern. Damit würde man zwar auch nicht die Krisen verunmöglichen, aber man würde die Spielregeln verändern, nach denen sie ablaufen. Die Abschaffung der Krisen aber werden wir schon verschieben müssen, bis der Kapitalismus abgeschafft ist.

Maya Schwarz